

**UNABHÄNGIGER VERWALTUNGSSENAT IM LAND NIEDERÖSTERREICH
DER PRÄSIDENT**

Neugebäudeplatz 1
3100 St. Pölten
DVR 0667625

Fernschreibnummer 13 41 45
Telefax (02742)57500 5540
(0222) 53110 5540

Unabhängiger Verwaltungssenat im Land NÖ. 3100

Sprechtag Dienstag 8 - 12 und 16 - 19 Uhr
Amtsstunden MO - FR 8 - 16 Uhr

An das
Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie
Sektion II
Untere Donaustraße 11
1020 Wien

Beilagen

Senat-A-230/164

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug	Bearbeiter	(0222) 53110 (02742) 57500	Durchwahl	Datum
14 4761/7-II/C/5/94 vom 28.12.1994	Dr. Boden		5530	13. Februar 1995

Betrifft
ÖKO-Audit-Gesetz, Entwurf, Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Entwurf eines ÖKO-Audit-Gesetzes wird folgende
Stellungnahme abgegeben:

Durch den Entwurf sind die unabhängigen Verwaltungssenate
einerseits als Berufungsbehörde gemäß § 22 des Entwurfes und
als Berufungsbehörde in Verwaltungsstrafsachen betroffen.

1. Zur Übertragung zusätzlicher Aufgaben an die Unabhängigen
Verwaltungssenate wird - wie bereits in mehreren Stellungnahmen
zu Gesetzesentwürfen - hingewiesen, daß eine derartige
Übertragung nach einem einheitlichen Konzept erfolgen sollte.
Die im Entwurf für den Unabhängigen Verwaltungssenat
vorgesehenen Kompetenzen als Berufungsbehörde (ausgenommen in
Verwaltungsstrafsachen) gehen in einen Bereich hinein, der dem
Begriff "civil rights" zugeordnet werden könnte. Es fehlt
jedoch die Einbindung dieser Aufgabenübertragung in ein
Konzept, das zwischen dem Bund und den Ländern unter Beiziehung
der Unabhängigen Verwaltungssenate festgelegt werden sollte.

Wenngleich nunmehr vom Bundeskanzleramt ein Termin für erste
Gespräche zur Erarbeitung eines derartigen Konzeptes
bekanntgegeben wurde, sind die eben angeführten Vorbehalte

jedenfalls nach wie vor zutreffend. Sie könnten erst dann zurückgenommen werden, wenn das Konzept tatsächlich vorliegt und entsprechend umgesetzt wird.

Dem Unabhängigen Verwaltungssenat im Land NÖ ist klar, daß für die Erarbeitung des einheitlichen Konzeptes das Bundeskanzleramt zuständig ist. Trotzdem erscheint es notwendig, anlässlich der durch den vorliegenden Entwurf vorgesehenen Übertragung von Aufgaben an die Unabhängigen Verwaltungssenate dieses Problem aufzuzeigen bzw. in Erinnerung zu rufen.

2. Es ist darauf hinzuweisen, daß der Entwurf insofern unvollständig ist, als bei der Kostenschätzung keinerlei Rücksicht auf die bei den unabhängigen Verwaltungssenaten in den Ländern zu erwartenden Kosten genommen wird.

In dem Zusammenhang muß zur Mehrbelastung, die bei Realisierung des Entwurfes für den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land NÖ zu erwarten ist, gesagt werden, daß diese nicht exakt abgeschätzt werden kann. Da einerseits beachtliche Strafrahen vorgesehen sind und andererseits jene Verwaltungsmaßnahmen, welche mit Berufung beim unabhängigen Verwaltungssenat bekämpft werden können, massive wirtschaftliche Interessen der Betroffenen berühren, kann durchaus mit einer beachtlichen Zahl von Strafberufungen bzw. Berufungen gerechnet werden.

Schließlich muß bei der Abschätzung der künftigen Mehrbelastung darauf hingewiesen werden, daß laufend Gesetzesentwürfe erstellt werden, welche die Übertragung von Aufgaben oder die Neueinführung von Straftatbeständen oder die Erhöhung von Strafrahen vorgesehen. Selbst wenn die Belastung durch den einzelnen Entwurf an sich nicht so ins Gewicht fällt oder nicht genau abschätzbar ist, ergibt sich doch ein Summeneffekt. Daraus folgt, daß durch eine Mehrzahl von zusätzlichen Aufgaben eine ganz beachtliche Mehrbelastung des Unabhängigen Verwaltungssenates zu erwarten ist.

3. Nach dem Entwurf sollen in unmittelbarer Bundesverwaltung Aufgaben vollzogen werden, welche zum Großteil wegen der zugrundeliegenden Materien in mittelbarer Bundesverwaltung vollzogen werden sollten (siehe Seite 11 und 12 der Erläuterungen). Durch die im Entwurf gewählte Konstruktion wird der Landeshauptmann als Organ der mittelbaren Bundesverwaltung ausgeschaltet. Auch die für die unmittelbare Übertragung von Aufgaben an die unabhängigen Verwaltungssenate gemäß Art. 129 a Abs. 2 B-VG notwendige Zustimmung der Länder zur Kundmachung des betreffenden Gesetzes wird dadurch ausgeschaltet. So gesehen, bestehen gegen den Entwurf verfassungsrechtliche Bedenken.

Dem Präsidium des Nationalrates wurden 25 Ausfertigungen übersandt.

Mit freundlichem Gruß
Unabhängiger Verwaltungssenat
im Land Niederösterreich
Dr. B o d e n
Präsident

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

